

Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Zug

Auf Grundlage einer Umfrage unter der Zuger Bevölkerung fand vor kurzem ein Podiumsgespräch zum Thema «Wachstum – Wohlstand – Wohnraum» statt. Dabei wurden auch Lösungsansätze für drängende Probleme diskutiert.

Cornelia Bisch

Eine repräsentative Umfrage des Politik- und Kommunikations-Forschungsinstituts gfs.bern im Auftrag der Zuger Wirtschaftskammer erforschte, was die Zuger Bevölkerung über ihre Wirtschaft denkt, wo sie Chancen und Herausforderungen sieht (siehe Kontextuellen Zusatz unten).

Auf der Grundlage der Umfrage, in die Urs Bieri, Co-Leiter von gfs.bern, im Vorfeld einführte, fand am Mittwochabend ein Podiumsgespräch statt. Es nahmen Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalmann-Gut, Manuela Weichelt (Nationalrätin Grüne), Thomas Aeschi (Nationalrat und Fraktionschef SVP), Katharina Gasser (Präsidentin der Zuger Wirtschaftskammer) und Urs Bieri teil. Als aufmerksamer, witziger Moderator fungierte Reto Brennwald aus Zürich. Im Publikum sassen Vertreterinnen und Vertreter der Zuger Wirtschaft und Politik.

Zufrieden, aber mit Unbehagen

Die Umfrage habe ergeben, dass die Zuger Bevölkerung zwar mehrheitlich zufrieden sei mit der Zuger Wirtschaft, dass aber dennoch ein gewisses Unbehagen bestehe, fasste Reto Brennwald zusammen und richtete die Frage an die Podiumsteilnehmenden: «Soll die Politik nun etwas gegen dieses Unbehagen tun, und wenn ja, was?» Für Manuela Weichelt stellt sich grundsätzlich die Frage: «Ist die Grenze des Wachstums erreicht? Wenn wir die Zahlen anschauen, stellen wir fest, dass viele Leute dieser Meinung sind.» Die Lösung der Schwierigkeiten um Verkehr und Wohnraum hinke diesem Wachstum deutlich hinterher.

Thomas Aeschi hält eine selektive Einwanderungspolitik für das beste Mittel, um ein massvolles Wirtschaftswachstum zu erreichen und um gegen die brennendsten Probleme der Zuger Bevölkerung vorzugehen –



Es nahmen teil (von links): Urs Bieri (Co-Leiter gfs.bern), Thomas Aeschi (Nationalrat und Fraktionschef SVP, Zug), Reto Brennwald (Moderator), Silvia Thalmann-Gut (Volkswirtschaftsdirektorin Kanton Zug), Manuela Weichelt (Nationalrätin Grüne, Zug) und Katharina Gasser (Präsidentin Zuger Wirtschaftskammer). Bild: Stefan Kaiser (Zug, 26. 2. 2025)

die Wohnungsnot und das starke Verkehrsaufkommen.

Als Volkswirtschaftsdirektorin bekannte sie sich zum Top-Wirtschaftsstandort Zug, sagte Silvia Thalmann-Gut. «Für mich ist klar, es braucht ein qualitatives Wirtschaftswachstum, es braucht die Erneuerung.» Es sollen sich Unternehmen ansiedeln dürfen, die gut zum Kanton Zug passen würden. Handlungsbedarf sieht die Regierungsrätin beim Verkehr und der Wohnungsthematik. «Da sind wir dran.» Auch Katharina Gasser betonte, dass mit dem Herunterfahren der Wirtschaft keine Probleme gelöst würden. «Zug ist wirtschaftlich der stärkste Kanton der Schweiz. Das wollen wir auch bleiben.»

Wie also lauten die Massnahmen der Politik gegen die Wohnungsnot und die hohen Wohnkosten? «Ich bin für den Abbau von Regulierungen», betonte Aeschi. Im Vergleich zu

früher sei es heute deutlich komplizierter, langwieriger und teurer, eine Baubewilligung zu erhalten. «Dafür ist auch die Politik verantwortlich.» Diese Massnahme werde aber nicht ausreichen. «Wir müssen die Einwanderung bremsen», wiederholte er.

Manuela Weichelt nannte die vom Zuger Stimmvolk angenommene Initiative der SP «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» als wirkungsvolle Massnahme gegen die Wohnungsnot. Auch die Mehrwertinitiative (MWA), welche einen Teil des durch die Verdichtung erzielten Bodenmehrwerts an die Gemeinden abgibt, komme zur Abstimmung. «Man könnte zudem Fonds für zahlbaren Wohnraum einrichten und die Wohnbaugenossenschaften unterstützen.» Ein Vorkaufsrecht von Bauland für Gemeinden und Genossenschaften sei hier

ein geeignetes Mittel. Der Regierungsrat entwickle zurzeit eine wohnpolitische Strategie, die nicht zu stark in den Wohnbaumarkt eingreife, erläuterte Silvia Thalmann. «Denn ein solcher Eingriff könnte zur Negativmassnahme werden und den Wohnungsbau blockieren.» Regulierungen zu erleichtern, Land über die Gemeinden den Wohnbaugenossenschaften zukommen lassen, halte der Regierungsrat für probate Mittel.

Neben Wohnungsnot bereitet Verkehr Probleme

Nach dem vierten gescheiterten Versuch eines Umfahrungs-tunnels in Zug sei man daran, die Situation zu analysieren, erklärte Silvia Thalmann. «Wir fragen uns, wie und wo wir den bestehenden Verkehr verflüssigen können.» Viele Unternehmen würden inzwischen alternative Verkehrsmöglichkeiten

anbieten. Diese zu fördern, sei ein wirksames Mittel gegen die Verkehrsüberlastung.

Gesprächsleiter Brennwald beharrte auf konkreten Aussagen: «20'000 Autos fahren täglich durch den Kanton Zug, auch der öffentliche Verkehr ist voll. Wo setzt die Politik konkret an?» Zum dritten Mal führte Thomas Aeschi die Einwanderungsproblematik ins Feld: «Die Schweiz hat nicht mehr Fläche als früher, Landwirtschaft und Wald sind geschützt. Jedes neunte Fahrzeug hat ein ausländisches Kennzeichen, es gibt täglich lange Staus. So geht es nicht weiter.»

«Wir haben eine sehr tiefe Arbeitslosigkeit», konterte die Präsidentin der Zuger Wirtschaftskammer. «Firmen brauchen qualifizierte und einfache Arbeitskräfte. Die finden wir nicht alle in der Schweiz.» Aus ihrer Sicht ist die Zuger Verkehrsproblematik «jammern

auf hohem Niveau», denn wenn man mit anderen Ländern und Städten vergleiche, seien die Zuger Verhältnisse «richtig härtig». Mehr Fernbüro-Tätigkeit und die Schaffung alternativer Verkehrsmöglichkeiten hält Gasser für wirkungsvollere Mittel als den Einwanderungsstopp.

Weichelt rühmte das Zuger S-Bahn-System als Pionierleistung. «Es wäre an der Zeit, es auszubauen. Auch beim Bussystem gibt es noch Luft nach oben.» Beim Ausbau der S-Bahn sei die Kapazität des Trasses das Problem, erwiderte Thalmann. «Der Kanton investiert viel in den neuen Hauptsitz der Zugerland Verkehrsbetriebe.» Darüber hinaus überlege man sich, wo das Netz intensiviert werden könnte. «Beispielsweise auf dem Areal Papieri in Cham, wo Hunderte von Wohnungen entstehen, ist eine neue Linie geplant.»

Die hohen Wohnkosten sind die grösste Sorge im Kanton Zug

Cornelia Bisch

Wie steht die Zuger Bevölkerung zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons? Wie viel Wachstum verträgt die Zuger Wirtschaft? Dazu gab die Zuger Wirtschaftskammer eine aktuelle Studie beim Politik- und Kommunikations-Forschungsinstitut «gfs.bern» in Auftrag. Zusammengefasst ergibt sich daraus die Erkenntnis, dass die Stimmung zwar positiver ist als angenommen, jedoch weiterhin Herausforderungen bestehen.

Zwischen dem 12. November und dem 6. Dezember 2024 wurden 1002 Einwohnerinnen und Einwohner des

Kantons Zug per Telefon oder via hauseigenes Onlinepanel politrends.ch befragt.

Gemäss Auswertung der Umfrage hat die Zuger Bevölkerung eine gute Einstellung gegenüber der Schweizer Wirtschaft generell: Rund drei Viertel der Befragten bezeichnen Ihre Einstellung nämlich als eher positiv, weitere 12 Prozent gar als sehr positiv. Lediglich 3 Prozent haben hingegen eine negative Einstellung. 11 Prozent der Befragten haben eine ambivalente Haltung. Wenn der Fokus auf den Kanton Zug eingeschränkt wird, überwiegt die positive Einstellung zur Wirtschaft klar, allerdings nimmt der

Anteil mit geteilter Meinung zu (18 Prozent) zu. Die klare Mehrheit hat auch zur Zuger Wirtschaft eine positive Einstellung (71 Prozent sehr/eher positiv).

Krankenkassenprämie auf Rang 2

Sorgen machen sich die Zugerinnen und Zuger in erster Linie um die hohen Wohnkosten (78 Prozent) und die Wohnungsnot in ihrem Kanton. Es folgen die Krankenkassenprämien (73 Prozent). Die weiteren Top-Sorgen sind die Verkehrsfragen (71 Prozent) und das Ausländerthema (57 Prozent). Zusätzlich wird der Klimawandel von einer Mehrheit als

wichtiges Problem identifiziert (57 Prozent). Die einkommensschwachen Einwohnenden des Kanton Zugs haben mehrheitlich kein positives Bild der Zuger Wirtschaft (56 Prozent). Mit zunehmendem Einkommen nimmt aber die positive Sicht deutlich zu. Ebenfalls positiv ist die Haltung gegenüber der Wirtschaft in der mittleren Altersgruppe (40–64 Jahre: 77 Prozent sehr/eher positiv).

In sämtlichen Parteilagern überwiegt die positive Sicht klar. Allerdings gibt es unter den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen, der SP sowie der SVP jeweils rund einen Drittel mit zumindest teilweise

kritischer Haltung. Die Kantonsbevölkerung ist fast einstimmig der Meinung, dass die Zuger Wirtschaft durch die Schaffung von Arbeitsplätzen ein zentraler Pfeiler der Gesellschaft darstelle (89 Prozent voll/eher einverstanden), dass sie einen wichtigen Beitrag in der Ausbildung und Berufslehre leiste (89 Prozent) und dass der Wohlstand in Zug von der starken Wirtschaft abhängen würde (88 Prozent).

Auf der anderen Seite gibt es aber auch mehrheitsfähige Kritik an der Zuger Wirtschaft: Dabei stehen Managerinnen und Manager am Pranger, die auf den eigenen Vorteil und nicht auf das

allgemeine Wohl bedacht seien (68 Prozent voll/eher einverstanden) sowie die Ungleichheiten in der Einkommensverteilung (65 Prozent).

Beim Umweltschutz im Zwiespalt

Die Rolle der Zuger Wirtschaft im Klimaschutz spaltet die Bevölkerung: Jeweils rund die Hälfte sieht einerseits negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt durch die zu stark auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft (54 Prozent), andererseits aber auch positive, indem ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet werde (49 Prozent).